

PRESSEMITTEILUNG



Der Stadtbürgermeister von Wissen informiert:

- **Stadtrat Wissen soll am 10. Februar Grundsatzbeschluss zum Thema Straßenausbaubeiträge für das Stadtgebiet von Wissen treffen**
- **Keine weitere Vorberatung mehr über Straßenausbaubeiträge im Haupt- und Finanzausschuss am 23. Januar**
- **Geplante Bürgergespräche am 6. und 7. Februar werden vorerst zurückgestellt bis Klarheit herrscht**
- **Übrige Agenda Hauptausschuss 23. Januar um 18 Uhr im kulturWERK bleibt bestehen**

Wissen, 20.01.2020

Nachdem sich der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Wissen am 14. Januar nach drei Stunden und einem erneut umfassenden Vortrag eines Koblenzer Rechtsanwaltsbüros zum Thema Straßenausbaubeiträge vertagt hatte und keine Vorentscheidung zur künftigen Finanzierung des Straßenausbaus in Wissen getroffen wurde, meldet sich Stadtbürgermeister Berno Neuhoff zu Wort.

Er will den vertagten Punkt von der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 23. Januar absetzen und die endgültige Grundsatzentscheidung unmittelbar und am 10. Februar im Stadtrat treffen. Das sieht die Gemeindeordnung aufgrund der Tragweite der Entscheidung sowie des erreichten Diskussionsniveaus so vor. Eine weitere Beratung im Haupt- und Finanzausschuss sei nicht nötig und bringe auch keine neuen Erkenntnisse. Neuhoff werde zurzeit auch keine weiteren Aufträge mehr an die Anwälte oder Verwaltung erteilen, Berechnungen oder Satzungen vorlegen oder Briefe beantworten bis die Grundsatzentscheidung gefallen ist. Auch die zusätzlich geplanten Bürgersprechtage am 6. und 7. Februar werden ausgesetzt bis endgültige Klarheit herrscht. Natürlich können sich Bürger bei Fragen zum Beitragsrecht jederzeit an die Verwaltung wenden.

Berno Neuhoff: „Es liegen genügend Informationen, Fakten und Argumente Pro und Kontra Einmalbeiträge oder Wiederkehrende Beiträge auf dem Tisch, damit der Stadtrat eine Grundsatzentscheidung zur künftigen Finanzierung des Straßenausbaus in Wissen treffen kann. Auch sind alle Argumente öffentlich in zwei Sitzungen und einer Einwohnerversammlung seit August voll umfänglich offen und transparent vorgestellt worden. Im Internet, in zahlreichen Briefen, Gesprächen und im Mitteilungsblatt haben Stadt- und Verbandsgemeindeverwaltung umfänglich und offen über die Vor- und Nachteile beider Systeme informiert. Jeder Bürger und jedes Ratsmitglied weiß, um was es geht. Angesichts der Tatsache, dass in den nächsten Jahren weitere Straßen Schritt für Schritt im gesamten Stadtgebiet saniert werden müssen, ist das für die 24 Stadtratsmitglieder alles andere als eine einfache Entscheidung.

Neuhoff: „Ich persönlich glaube eine Entscheidung für einen wiederkehrenden Beitrag würde vielen leicht fallen, wenn das ganze Stadtgebiet eine Beitragseinheit wäre und

PRESSEMITTEILUNG



der Ausbau der größten Straßenbaumaßnahme, nämlich der Rathausstraße hinterm Pflug wäre.“ Verständnis zeigte Neuhoff auch für Argumente der Gegner, auch wenn etliche von ihnen oftmals mit Unwahrheiten und Halbwahrheiten Angst- und Panikmache geschürt und vielfach rein emotional das Thema bedient hätten.

Aber aus den direkten Bürgergesprächen in den letzten Wochen weiß ich, so Neuhoff, dass viele für den Straßenbau am liebsten nichts bezahlen wollen und die „Solidarität hört nicht am eigenen Gartenzaun auf“. Das kann aber für einen Stadtrat nicht das alleinige Entscheidungskriterium sein.

Neuhoff erinnert an den Beginn der Diskussionen: „Wir haben uns vor zwei Jahren gemeinsam mit den Stimmen aller Parteien im Stadtrat auf einen Weg gemacht, weil wir der Überzeugung waren, ein System wiederkehrender Beiträge sei gerechter und fairer, weil es die Bürger insgesamt weniger belastet und den Straßenbau im gesamten Stadtgebiet voranbringt. An dieser Grundargumentation habe sich bis heute auch nichts geändert. In vielen Gesprächen mit Bürgern ist mir auch gesagt worden, dass sich viele eine einzige Abrechnungseinheit für das gesamte Stadtgebiet wünschen und der Ausbau der Rathausstraße für sie das Hauptproblem ist. Aber in Wissen sind nun einmal fünf Abrechnungseinheiten aufgrund der Rechtsprechung und örtlichen Gegebenheiten zu bilden. Der Ausbau der Rathausstraße sowie der Eisen- und Hüttenstraße dulde aufgrund vorgegebener Fristen und hohen Fördermittel für die Stadt nun einmal keinen Aufschub mehr. Sonst verfallen diese Mittel und die Belastung der Grundstückseigentümer wird möglicherweise noch höher, so Neuhoff.

Nun liegt es am demokratisch legitimierten Stadtrat als höchstes Organ, diese Entscheidung am 10. Februar in die eine oder andere Richtung zu einem Ergebnis zu führen und dafür auch die Verantwortung zu übernehmen und zwar nicht nur für heute, sondern für die nächsten Jahre und vielleicht Jahrzehnte. Dann kehre auch wieder Ruhe ein, ist Neuhoff optimistisch. Aber er sei gewählt worden um auch unangenehme Diskussionen in den nächsten Jahren zu führen.

Neuhoff bittet daher alle Stadtratsmitglieder nochmals genau zu überlegen und nicht nur kurzfristig zu denken, sondern mittel- bis langfristig die Folgen für die Stadt Wissen und ihre Bürger zu bewerten. „Wir dürfen nicht nur kurzfristig denken, sondern auch an die, die heute und in Zukunft hohe Einmalbeiträge zahlen werden müssen. Wir sind ein Wohnstandort, haben einen erheblichen Sanierungsstau und müssen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verantwortungsbewusst Stück für Stück unsere Straße im gesamten Stadtgebiet in Abstimmung mit den Werken ausbauen, denn sonst wird es für die Bürger und die Stadt immer teurer“, so der Stadtbürgermeister. Mit der Rathausstraße und der Eisen- und Hüttenstraße sei man nicht am Ende, so Neuhoff. Der neue Stadtrat müsse sein Bauprogramm aktualisieren und dann weiter ausbauen. Das gelte unabhängig von der Frage, ob es Einmalbeiträge oder wiederkehrende Beiträge in Wissen gibt.

Neuhoff stellte nochmals klar, er habe das Thema aufgerufen kurz nachdem er das Amt des Stadtbürgermeisters vor zweieinhalb Jahren übernommen habe, weil er die

PRESSEMITTEILUNG



Situation in Wissen vorgefunden habe wie sie jetzt ist. Zudem seien die Kosten im Straßenbau in dieser Zeit extrem gestiegen. Die Aufhebung der Ausschreibung der Eisen- und Hüttenstraße vor zwei Jahren, die mehr als 50 Prozent über den erwarteten Baukosten lag, habe ihn in dieser Auffassung bestätigt.

Wissen habe viele kaputte Straßen und 60 Prozent der Kommunen in Rheinland-Pfalz hätten bereits vor Jahren wiederkehrende Beiträge und die Diskussion dazu geführt, auch größere Kommunen im Kreis Altenkirchen. Sie alle würden gut damit „fahren“. Aber insgesamt seien Straßenausbaubeiträge ein sehr emotionales Thema wie auch die aktuelle Diskussion in Wissen zeige. Als Demokrat sei es für ihn klar, dass er beide Lösungen mittrage.

Es gehe nun darum, dass am 10. Februar alle Fraktionen und die Mitglieder im Stadtrat in dieser schwierigen Frage „Farbe bekennen“ und eine freie Entscheidung treffen, danach Klarheit herrscht und die derzeit fast nur noch emotional geführte Debatte beendet wird“. Er selbst will seine Position im Stadtrat als Vorsitzender und stimmberechtigtes Mitglied in der Sitzung am 10. Februar im kulturWERK klar darlegen. Die übrige Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt am Donnerstag, dem 23. Januar um 18.00 Uhr im kulturWERK bleibt bestehen.

Gez. Berno Neuhoff, Stadtbürgermeister